

Daten und Fakten zur Zuwanderung

Deutschland braucht eine moderne Integrationspolitik

In Deutschland wird seit einigen Wochen eine intensive Debatte über Zuwanderungspolitik und die Integration von Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft geführt. Diese Debatte ist oft von Unkenntnis der Fakten und von Missverständnissen geprägt – vom tatsächlichen Verhältnis von Zu- und Abwanderung bis zur Teilnahme von Migrantinnen und Migranten an Integrationskursen. Mit diesem „Aktuell“ liefern wir wichtige Grundlagen, Zahlen und Fakten für die Debatte.

Für die SPD ist Integrationspolitik eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Hierbei geht es nicht nur darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Menschen aus vielen Kulturen, die bei uns leben, zu erhalten und auszubauen. Es geht – neben der besseren Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte – auch darum, die Regeln für die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte weiter zu entwickeln und durchzusetzen. Nur so können wir langfristig Deutschlands wirtschaftliche Stärke und die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme erhalten, die bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zunehmend in Frage gestellt werden.

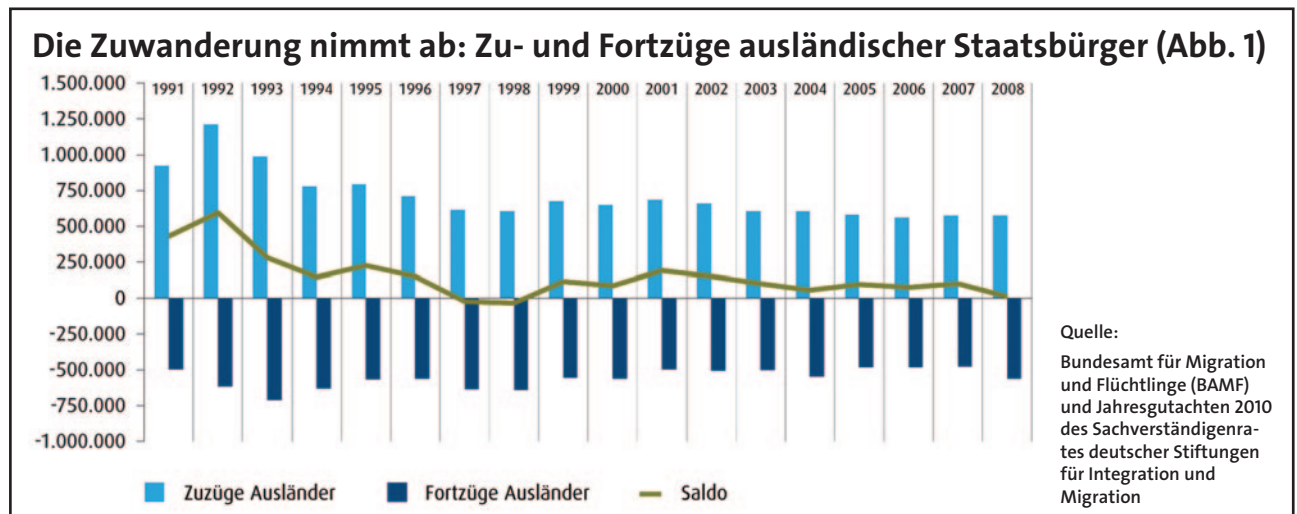
Zuwanderung nach Deutschland rückläufig

Die Zuwanderung nach Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Auf dem

absoluten Höhepunkt der Zuwanderung zu Beginn der 1990er Jahre wurden noch Zuzüge in Höhe von bis zu 1,5 Millionen Personen pro Jahr registriert, denen im gleichen Zeitraum aber auch Abwanderungen in Höhe von über 800.000 Personen gegenüberstanden. Nach einer Neuregelung des Asylrechts und des Zuwanderungsrechts Anfang der 90er Jahre, halbierten sich die Zuwanderungszahlen bis zum Jahr 2000. Seitdem sanken sie kontinuierlich leicht. 2008 wanderten laut Statistik 682.146 Personen zu und 737.889 ab (deutsche ebenso wie ausländische Staatsbürger). Mit einem Minus von 55.743 Personen fiel die deutsche Wanderungsbilanz 2008 damit erstmals seit Jahrzehnten wieder negativ aus (2007: positiver Saldo von 43.912).

Bei ausländischen Staatsbürgern ist der Wanderungssaldo in den zurückliegenden Jahren ebenfalls klar rückläufig. 2008 lag er mit plus 10.685 nur noch knapp im positiven Bereich. (Abbildung 1). Speziell bei der türkischen Gruppe lag der Wanderungssaldo schon 2008 im negativen Bereich: 28.742 Personen wanderten aus der Türkei zu, 38.889 Personen aus Deutschland in die Türkei ab (Minus von rund 10.000 Personen) – darunter viele gut und hoch Qualifizierte.

Hinzu kommt, dass die Abwanderung von Deutschen stark zugenommen hat. 2008 zogen insgesamt 66.428 Deutsche mehr fort als zu (2007: 55.091; 2006: 51.902).

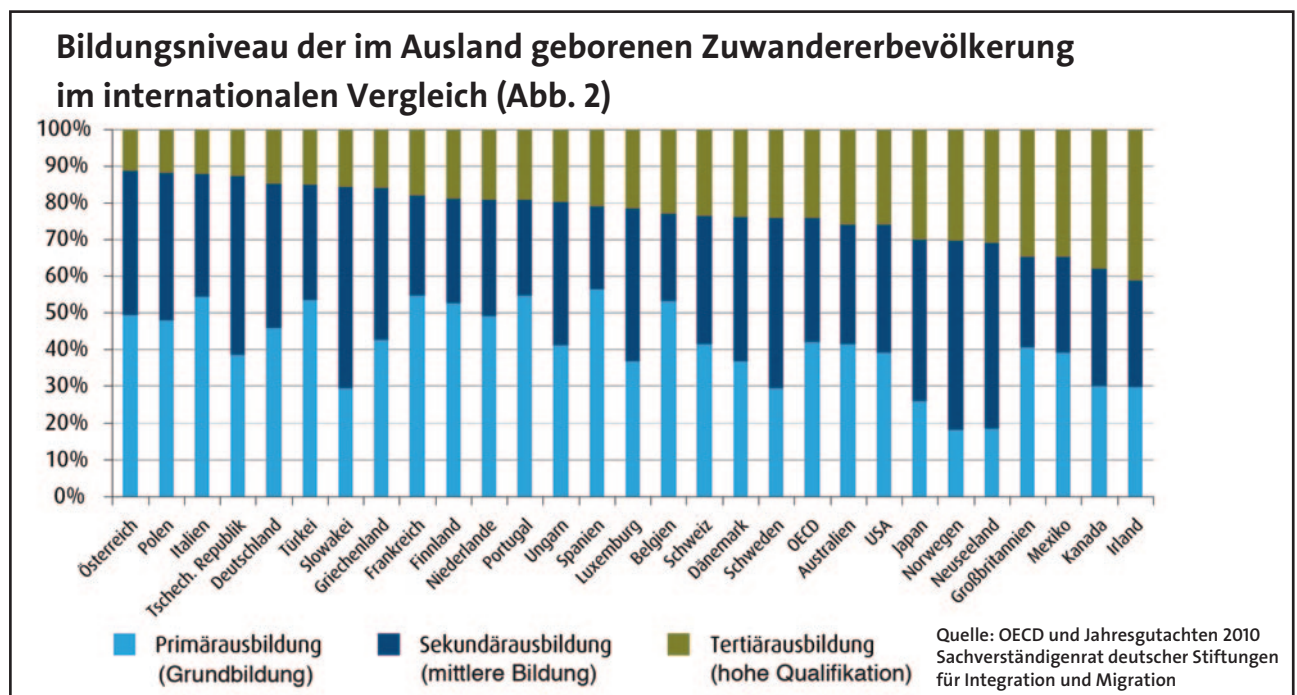


Zu- und Abwanderung: Gut Gebildete verlassen Deutschland

In der Statistik wird das Qualifikationsniveau von Auswanderern aus Deutschland nicht erfasst. Aus den Einwanderungsanforderungen und Lebensunterhaltskosten der Hauptauswanderungsländer sowie der Altersstruktur der Abwanderer lassen sich jedoch Rückschlüsse auf ihr Qualifikationsniveau ziehen.

Wichtige Auswanderungsländer waren in den letzten Jahren die Schweiz, USA, Großbritannien,

Österreich, Kanada, Norwegen und Australien. Diese Länder haben meist hochselektive Einwanderungsregeln (Kanada, Australien, die USA) oder hohe Lebenshaltungskosten (Großbritannien, Schweiz, Norwegen, Österreich). Mehr als drei Viertel der Auswanderer aus Deutschland kamen 2008 zudem aus der volkswirtschaftlich besonders wichtigen Altersgruppe zwischen 18 und 65 Jahren. Insgesamt lässt dies den Schluss zu, dass viele der Auswanderer aus Deutschland über eine hohe Qualifikation und eine starke wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügen.



Dagegen zeigt die Zuwanderung nach Deutschland ein anderes Bild. Zahlen der OECD zeigen zum Beispiel, dass Deutschland beim Anteil der hochqualifizierten Zuwanderer (Tertiärausbildung) im Vergleich zu anderen Staaten auf den hinteren Plätzen liegt. (Abbildung 2)

▲ **Internet:** www.svr-migration.de

Nach einer aktuellen Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Arbeitsmigration in Deutschland vom Oktober 2010 wanderten im Jahr 2009 lediglich 311 Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland ein. 142 davon waren Forscher, die eine Aufenthaltserlaubnis erhielten; 169 waren andere Hochqualifizierte, die von dem Angebot einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis ohne Vorrangprüfung Gebrauch gemacht und dabei die hierfür zentrale Voraussetzung eines jährlichen Mindesteinstiegsgehaltes (aktuell 66.000 Euro) erfüllt haben.

Die Zuwanderung von Hochqualifizierten hat gegenüber 2008 (221 hochqualifizierte Drittstaatsangehörige, davon 64 Forscher) und 2007 (151 Hochqualifizierte) zwar zugenommen, bewegt sich insgesamt jedoch auf einem geringen Niveau. Zum Vergleich: Großbritannien, das ein Punktesystem eingeführt hat, vergab in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 Visa an 15.530 Hochqualifizierte.

Der Anteil der Zuwanderer, die einer normalen Beschäftigung nachgehen wollen und sich deshalb einer „Vorrangprüfung“ (Prüfung, ob es vergleichbare in Deutschland lebende Bewerber gibt) unterziehen müssen, ist wesentlich größer als der Anteil der hochqualifizierten Zuwanderer. 2009 erhielten 25.053 Nicht-EU-Bürger erstmals oder nach vorherigem Fortzug ins Ausland eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung. Dabei wurden 14.816 von 25.053 Aufenthaltstiteln (59 %) zur Ausübung einer Beschäftigung, die eine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, erteilt. Dazu zählen IT-Fachkräfte und andere Personen mit Hochschulabschluss. 8.405 Aufenthaltstitel (34 %) wurden zur Ausübung einer Beschäftigung, die keine qualifizierte Berufsausbildung voraussetzt, vergeben.

▲ **Internet:** <https://milo.bamf.de>

Fazit: Zurzeit verlassen zu viele junge und gut ausgebildete Menschen Deutschland – zu wenig gut qualifizierte wandern im Gegenzug zu. Dies ist eine gefährliche Entwicklung für ein Land wie Deutschland, das kaum über Rohstoffe verfügt und dessen wirtschaftliche Führungsstellung zum größten Teil auf Forschung und Entwicklung hoch innovativer Verfahren und Produkte beruht.

Studien sagen Deutschland Fachkräftemangel voraus

Seit einiger Zeit zeichnet sich in Deutschland ein steigender Fachkräftemangel ab. Bereits 2009 – mitten im Krisenjahr – konnten in Deutschland 34.000 Ingenieurstellen nicht besetzt werden. Nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft fehlten im Juli 2010 65.000 Fachkräfte in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen. Dazu mangelt es laut Bundesagentur für Arbeit an Fachkräften in den Bereichen Medizin und Altenpflege, der Metall- und Elektrobranche sowie an Lehrerinnen und Lehrern.

Nach einer Studie der Prognos AG zur „Arbeitslandschaft 2030“ vom Dezember 2009 fehlen in Deutschland bereits 2015 knapp drei Millionen Arbeits- und Fachkräfte (Saldo aus erwartetem Arbeitskräfteangebot gegenüber der erwarteten Arbeitskräftenachfrage). 2030 steigt diese „Fachkräftelücke“ auf rund 5,2 Millionen. Der Studie zufolge erstreckt sich dieser prognostizierte Fachkräftemangel dabei auf sämtliche Qualifikationsebenen. Einen besonders deutlichen Mangel erwartet die Studie insbesondere bei den Hochqualifizierten. Allein bei den Hochschulabsolventen steigt die Fachkräftelücke demnach bis 2030 auf knapp 2,4 Millionen Personen. Betroffen sind insbesondere Tätigkeiten in der Forschung sowie in den Bereichen Werbung, Beratung, Gesundheit und Erziehung. 14 Prozent der 2015 angebotenen Stellen für Ingenieure und Naturwissenschaftler könnten nicht besetzt werden, 2030 bleiben nach den Studienergebnissen rund 25 % aller Stellen für Hochqualifizierte vakant.

▲ **Internet:** www.prognos.com

Wenngleich auch die Prognosen anderer Institute den Fachkräftemangel nicht ganz so dramatisch sehen, lässt sich doch feststellen, dass Deutschland auf einen in vielen Branchen und insbesondere im Bereich der hochqualifizierten Arbeit erheblichen Fachkräftemangel zusteuert. Diesen Fachkräftebedarf müssen wir natürlich zuallererst dadurch decken, dass die Menschen in Deutschland besser qualifiziert werden. So lange Jugendliche in Deutschland ohne Abschluss von der Schule gehen oder nach dem Schulabschluss keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, gibt es Potenziale im Land, die wir heben müssen.

Deutscher Arbeitsmarkt: Öffnung für Hochqualifizierte bereits eingeleitet

Auf Drängen der SPD wurde für viele Fachkräfte der deutsche Arbeitsmarkt bereits ab Januar 2009 weiter geöffnet. Viele können bei uns nun eine Arbeit ohne Vorrangprüfung aufnehmen, andere müssen sich dieser Prüfung unterziehen, bei der die Agentur für Arbeit untersucht, ob es für einen bestimmten Arbeitsplatz bevorrechtigte Bewerberinnen oder Bewerber gibt.

Eine Arbeitsaufnahme ohne Vorrangprüfung ist möglich z. B. für

- ▶ alle Akademikerinnen und Akademiker (mit Uni- oder Fachhochschulabschluss) aus den EU-Mitgliedstaaten und ihre Familienangehörigen.
- ▶ Hochqualifizierte, insbesondere Spezialisten und leitende Angestellte mit besonderer Berufserfahrung, die in Deutschland eine Arbeit angeboten bekommen, bei der sie im Jahr mehr als 66.000 Euro verdienen. Sie erhalten sofort eine unbefristete Niederlassungserlaubnis, mit der sie auch zur Ausübung einer Beschäftigung berechtigt sind. Auch ihre Familienangehörigen können ohne Vorrangprüfung eine Beschäftigung aufnehmen.
- ▶ leitende Angestellte und Personen mit unternehmensspezifischen Kenntnissen bei einer

konzerninternen Versetzung nach Deutschland und ihre Familienangehörigen.

- ▶ ausländische Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen für eine ihrer beruflichen Qualifikation entsprechende Beschäftigung.

Eine Arbeitsaufnahme mit Vorrangprüfung ist möglich für

- ▶ Akademikerinnen und Akademiker aus Drittstaaten (außerhalb der EU). Für die Familienangehörigen dieser Akademiker wird aber auf die Vorrangprüfung verzichtet.
- ▶ Staatsangehörige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in jeder qualifizierten Beschäftigung, die in Deutschland eine dreijährige Berufsausbildung voraussetzt.

Darüber hinaus wird ab dem 1. Mai 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle Mitgliedstaaten der EU mit Ausnahme Bulgariens und Rumaniens gelten. Für letztere tritt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit dann spätestens ab dem 1. Januar 2014 in Kraft. Die SPD wird darauf drängen, dass die neuen Zugangsregeln nicht zu Lohndumping missbraucht werden. Deshalb muss es auch in Deutschland endlich einen gesetzlichen Mindestlohn geben, wie ihn fast alle EU-Länder seit langem haben. Für die Leiharbeit muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt werden.

Zuwanderung über ein Punktesystem

In der Debatte über Zuwanderungsregeln wird darüber hinaus auch über die Einführung eines „Punktesystems“ diskutiert. In der SPD liegt zu diesem Thema ein Positionspapier der Bundestagsfraktion vor. In diesem Papier fordert die Fraktion ein nationales Punktesystem für die Auswahl von (hoch)qualifizierten Zuwanderern nach Deutschland – wie es klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada, Australien, aber zuletzt auch z.B. Großbritannien bereits haben.

Eine Auswahl von Zuwanderungswilligen soll danach nach folgenden Kriterien erfolgen:

- Alter
- höchster Ausbildungsabschluss
- Berufserfahrung und zusätzlicher berufliche Qualifikationen
- Sprachkenntnisse
- weitere Kriterien für gute Integrationsfähigkeit (Qualifikation der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners, frühere Tätigkeit in Deutschland, Kinderzahl, Verwandtschaft in Deutschland usw.)

Bewerber und Bewerberinnen müssten eine bestimmte Mindestpunktzahl erreichen, um einreisen zu dürfen; der Nachweis eines Arbeitsplatzangebotes oder eines bestimmten Jahresgehaltes wäre dagegen nicht erforderlich. Gibt es mehr erfolgreiche Bewerber und Bewerberinnen als Plätze, würde die Höhe der Punktzahl entscheiden. Erreichen weniger die Mindestpunktzahl als Plätze zur Verfügung stehen, würden die Plätze nicht vergeben und könnten bei Bedarf das Kontingent des nächsten Jahres erhöhen.

Die so ausgewählten Migranten und Migrantinnen sollen nach dem Positionspapier ein sofortiges Niederlassungsrecht erhalten; der Familienmit- und -nachzug sollte an keine Bedingungen geknüpft werden.

▲ [Internet:www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,10921,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,10921,00.pdf)

Kein klares Bild über so genannte Integrationsverweigerer

Im Zusammenhang mit in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten wird immer wieder über sogenannte „Integrationsverweigerer“ debattiert. Dabei stellt sich die Definition und Größenbestimmung dieser Gruppe als problematisch heraus. Für die von CDU-Innenminister de Maizière behauptete Zahl von „Integrationsverweigerern“ in einer Größenordnung von 10 bis 14 % gibt es keine solide Grundlage. Bislang weigert sich das Innenministerium, aktuelle Zahlen, die im Oktober in den Bundesländern erhoben wurden, zu veröf-

fentlichen. Eigene Erhebungen der Süddeutschen Zeitung kommen zu einem anderen Ergebnis: „Wie eine Umfrage der SZ unter den Bundesländern zeigt, gelten Integrationsverweigerer jedoch kaum als Problem. Hamburg etwa erklärte, es handle sich „nur um wenige Personen“, Schleswig-Holstein registrierte im vergangenen Jahr 40 Schwänzer (bei 1531 Kursabsolventen), Sachsen einen einzigen (fast 2300 Absolventen), und im Saarland blieb niemand unentschuldigt den Kursen fern. Die höchsten Zahlen verzeichnete Hessen, das bei fast 6200 Absolventen 102 Schwänzer feststellte und 23 Bußgeldverfahren einleitete. Doch auch das sind deutlich weniger als zehn Prozent.“ (SZ, 3.11.2010)

Hinzu kommt, dass es es für die Nichtteilnahme an Integrationskursen eine Vielzahl von anderen Sachgründen geben kann, wie z. B. Arbeitsaufnahme, Schwangerschaft oder Ortswechsel, die alle nicht mit Integrationsverweigerung zu tun haben.

Im Gegenteil: Aufgrund der hohen, gerade auch freiwilligen Nachfrage nach Integrationskursen (über die Hälfte freiwillige Teilnehmer) ist es zuletzt sogar zu finanziellen Engpässen gekommen, so dass das BAMF im Juli 2010 eine Zulassungssperre für freiwillige Teilnahme erlassen musste. Zur Zeit befinden sich rund 9.000 Migrantinnen und Migranten in einer Warteschleife, davon wurden 3.400 auf unbestimmte Zeit vertröstet.

Sanktionsmöglichkeiten bei Integrationsverweigerung vorhanden

Schon heute gibt es eine Reihe von Sanktionsmöglichkeiten, um Migrantinnen und Migranten zur Teilnahme an Integrationskursen zu verpflichten.

Mit der Reform des Aufenthaltsgesetzes und der Neufassung der Integrationskursverordnung wurde 2007 das Prinzip des „Förderns und Forderns“ gestärkt, das ausdrücklich auch Integrationsbemühungen der Migrantinnen und Migranten einfordert. Zudem wurde ein abgestuftes System von Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtteilnahme eingeführt.

Im Einzelnen gilt dann:

- Die Nicht-Teilnahme an Integrationskursen kann sich nachteilig auf den Aufenthaltsstatus auswirken – bis hin zu einer Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis.
- Bei Migrantinnen und Migranten, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB-II-Leistungen) erhalten, können die Ämter (ARGE n und Optionskommunen) eine Teilnahmeverpflichtung an Integrationskursen anordnen. Wird diese Verpflichtung nicht befolgt, ist eine Kürzung der SGB-II-Leistungen um bis zu 30 % möglich. Darüber hinaus können auch Bußgelder erhoben oder die Kosten für den Kurs in Rechnung gestellt werden.

Neben den Sanktionen sehen die rechtlichen Regelungen aber auch positive Anreize für eine erfolgreiche Kursteilnahme vor. Hierzu gehört unter anderem eine Verkürzung der Einbürgerungsfrist auf sieben Jahre bei Vorliegen einer Bescheinigung über einen erfolgreich besuchten Integrationskurs (Regelanspruch bisher nach acht Jahren). Bei Nachweis darüber hinausgehender besonderer Integrationsleistungen ist eine Verkürzung auf sechs Jahre möglich.

Bilanz sozialdemokratischer Integrationspolitik

- ▶ Die SPD hat seit 1998 die Integration in den Mittelpunkt der Zuwanderungspolitik gestellt und damit einen Paradigmenwechsel durchgesetzt.
- ▶ Im Jahr 2000 hat Rot-Grün das Staatsangehörigkeitsrecht modernisiert. In Deutschland geborene Kinder erhalten danach automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil Deutscher ist oder ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat und seit 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt. Zuwanderer, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen wollen, können das schon nach 8 Jahren tun und müssen nicht mehr 15 Jahre warten.

- ▶ Eine echte Integrationsarbeit des Bundes wurde aber erst seit 2005 – nach einer zähen, ideologisch aufgeladenen Diskussionen mit der CDU/CSU – mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes möglich. Seitdem haben alle Einwandererinnen und Einwanderer einen gesetzlichen Anspruch auf, aber auch die Pflicht zur Teilnahme an Integrations- und Deutschkursen.
- ▶ Die SPD hat ihre Integrationspolitik in der großen Koalition fortgesetzt. Seit 2006 findet jährlich der Integrationsgipfel statt, bei dem auf höchster politischer Ebene der Dialog mit den Migrantenvertretern geführt wird.
- ▶ Rund 60.000 nur geduldete Menschen haben verbesserte Chancen auf einen gesicherten Aufenthalt erhalten, um sie aus der menschenunwürdigen Endlosschleife von Kettenuldungen herauszuholen.

Integrationspolitische Leitlinien der SPD

- ▶ Rund sieben Millionen Menschen mit ausländischem Pass leben heute in Deutschland – und das im Durchschnitt schon seit 16,8 Jahren. 19 % der deutschen Bevölkerung hat eine Zuwanderungsgeschichte. In Ballungsräumen beträgt ihr Anteil bis zu 40 % – Tendenz weiter steigend. Integration wird damit zu einer der zentralen Zukunftsaufgaben für unser Land.
- ▶ Die Leitlinien der SPD-Integrationspolitik fußen auf dem integrationspolitischen Beschluss „Herkunft darf kein Schicksal sein“, den der SPD-Bundesparteitag im September 2010 gefasst hat, sowie dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes „Faire Chancen, klare Regeln“ vom Juli 2006.

Die SPD steht für eine verantwortungsvolle und moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland

- ▶ Die SPD steht für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft und für die Gleichbe-

rechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst. Das ist der Maßstab für sozialdemokratische Integrationspolitik.

- ▶ Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen daher die Unterteilung in „Ihr und „Wir“ überwinden.
- ▶ Die SPD versteht Integration als eine Querschnittsaufgabe, deren Gelingen vor allem von der Lösung sozialer Fragen abhängt.
- ▶ Die SPD hat keinen Zweifel, dass Deutschland auf Einwanderung angewiesen war und angewiesen ist. Die demografische Entwicklung und der zunehmende Fachkräftemangel, die Sicherung der wirtschaftlichen Dynamik und die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme sind die wesentlichen Gründe für eine gezielte und gesteuerte Einwanderung, die Hand in Hand mit einer Qualifikation der in Deutschland lebenden Arbeitssuchenden gehen muss.

Die SPD führt eine ehrliche Debatte über Integration in Deutschland, die die Probleme offen anspricht, ihre Lösung aber zugleich als eine gemeinsame Aufgabe aller begreift – seien es Mitbürger mit oder ohne Migrationshintergrund.

- ▶ Die SPD verschließt nicht die Augen vor Problemen und Konflikten: Wo Integration misslingt, fehlt es oft an der Achtung demokratischer Grundwerte, an Sprachkenntnissen, an Bildung und an Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
- ▶ Niemand, der nach Deutschland einwandert, muss seine Herkunft leugnen. Aber er muss sich an die Regeln unserer Rechts- und Verfassungsordnung halten und eigene Anstrengungen zur Integration erbringen – z.B. durch Teilnahme an Integrationskursen. Dazu brauchen wir eine konsequente und schnellere Anwendung der bestehenden Gesetze und keine weiteren Gesetzesverschärfungen.

- ▶ Gleichzeitig werden wir mit einer modernen Integrationspolitik weiter dafür Sorge tragen, dass die große Mehrheit derjenigen, die sich integrieren will, die nötige Unterstützung erhält. Insbesondere die staatlichen Integrationskurse müssen endlich in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen.

Spracherwerb ist die Eintrittskarte in das gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben in Deutschland.

- ▶ Deutsche Sprachkenntnisse sind das A und O für eine erfolgreiche Integration. Sie sind unverzichtbare Voraussetzungen dafür, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in Kontakt treten und einander verstehen können.
- ▶ Der Erwerb von Sprachkompetenz muss bereits im Kindergarten das oberste Bildungsziel sein (spätestens ab dem 3. Lebensjahr). Auch darum wollen wir, dass alle Kinder in den Kindergarten gehen. Dabei treten wir für die Gebührenfreiheit und gegen ein Betreuungsgeld, das Integration verhindert, ein. Werden schon vor der Einschulung bei einem Kind Sprachdefizite festgestellt, soll es sofort einen Intensiv-Deutschkurs absolvieren.
- ▶ Eltern sollen durch enge Zusammenarbeit mit den Kindergärten und Schulen auch die Möglichkeit erhalten, Integrationskurse zu besuchen. Nach den erfolgreichen Kurs-Konzepten für Mütter („Mama lernt Deutsch“) muss es auch für Väter entsprechende Angebote geben.

Eine gute Bildung ist Voraussetzung für eine gute Integration.

- ▶ Bildung ist und bleibt der zentrale Schlüssel für das Gelingen von Integration. Schulen und Kitas sind von entscheidender Bedeutung: Ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Ganztagsangebot und bestmögliche Qualität sind notwendig, um Benachteiligungen früh ausgleichen zu können. Wir werben auch für ein

Schulsystem, in dem Kinder länger zusammen und voneinander lernen.

- ▶ Alle Schülerinnen und Schüler müssen ohne Einschränkung am Schulunterricht – auch Sport- und Biologieunterricht – teilnehmen. Wir wollen, dass islamischer Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten oder anerkannten Lehrerinnen und Lehrern unter Aufsicht der Schulbehörden in deutscher Sprache angeboten wird.
- ▶ In ihrem äußeren Erscheinungsbild müssen Lehrerinnen und Lehrer religiöse und weltanschauliche Neutralität wahren. Von den Eltern erwarten wir, dass sie den Bildungserfolg ihrer Kinder im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

▲ **Die SPD-Beschlüsse im Internet:**

www.spd.de/scalableImageBlob/3848/data/bpt_2010_beschluss_integrations-data.pdf

www.spd.de/linkableblob/4228/data/zukunftswerkstatt_integrations_100711_spdakt.pdf

Schwarz-Gelb spaltet unser Land

Schwarz-Gelb treibt die soziale Spaltung in unserem Land voran. Schwarz-gelbe Haushaltspolitik mit Steuergeschenken für ihre Klientel und Kürzungen für die sozial Schwächsten ist ein Sprengsatz für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Auch in der Integrationspolitik will Schwarz-Gelb bewährte und erfolgreiche Instrumente für Integration und soziale Teilhabe streichen.

- ▶ **Integration heißt zu handeln.**
- ▶ Schwarz-Gelb belässt es beim Reden. Auch der 4. Integrationsgipfel der Bundesregierung am 3. November 2010 war vor allem ein Gipfel der schönen Worte. Statt dessen muss Integration

in der Praxis vorankommen. Hier tritt Schwarz-Gelb auf der Stelle: Das bereits seit längerem angekündigte Aktionsprogramm soll erst in zwölf Monaten fertig sein und wird dann auch kaum mehr als ein Sammelsurium aus den Forderungen des längst existierenden Nationalen Integrationsplans sein. Dabei wäre ein konkreter Aktionsplan der Bundesregierung für Integration in unserem Land wichtig und längst fällig.

- ▶ **Integration heißt früher Besuch einer Kita.**
- ▶ Schwarz-Gelb nimmt den Kommunen über Steuergeschenke an Klientelgruppen das Geld, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung voranzutreiben. Statt ein sinnloses Betreuungsgeld zu beschließen, sollten die Mittel besser für die Einführung einer Programms zur Schulsozialarbeit eingesetzt werden.
- ▶ **Integration heißt gute Berufsausbildung.**
- ▶ Schwarz-Gelb setzt bei Maßnahmen zur Berufsorientierung und Ausbildungsförderung den Rotstift an.
- ▶ **Integration heißt, eine zweite Chance zu bekommen.**
- ▶ Schwarz-Gelb kippt den Rechtsanspruch auf Nachholen des Schulabschlusses und ersetzt ihn durch eine Ermessensleistung, damit auch hier gekürzt werden kann.
- ▶ **Integration heißt, ausländische Abschlüsse anzuerkennen.**
- ▶ Schwarz-Gelb kürzt die entsprechenden Haushaltsansätze im Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Anerkennung von Leistungen und Zertifikaten. Zudem hat es die Bundesregierung zu lange versäumt, ein umfassendes Anerkennungsgesetz für ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse vorzulegen.
- ▶ **Integration heißt Arbeit.**
- ▶ Schwarz-Gelb will ausgerechnet bei der Arbeitsvermittlung in den kommenden Jahren scharf kürzen. Es ist zynisch, auf der einen Seite den Fachkräftemangel vor allem durch

Nachqualifizierung der Arbeitssuchenden in unserem Land beheben zu wollen, auf der anderen Seite aber die hierfür erforderlichen Gelder zu streichen.

- ▶ **Integration heißt, soziales Miteinander im Stadtteil zu stärken.**
- ▶ Schwarz-Gelb kürzt in der Städtebauförderung und gefährdet das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“. Ein Kahlschlag beim Programm „Soziale Stadt“ trifft Stadtteile und Wohnbezirke, in denen es besonders viele Integrationsprobleme gibt. Der gegenteilige Weg wäre richtig: Die Mittel für das von allen

gelobte Vorzeige-Integrationsprojekt „Soziale Stadt“ müssen aufgestockt werden.

- ▶ **Integration heißt faire Chancen und klare Regeln.**
- ▶ Schwarz-Gelb stellt nicht die notwendigen Mittel für erfolgreiche Integration zur Verfügung. Derzeit müssen rund 9000 Menschen auf einen Integrationskurs warten. Wer Migrantinnen und Migranten zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet, muss auch dafür sorgen dass dies möglich ist. Wer Regeln setzt, muss auch Chancen einräumen.